

Keine strahlenden Aussichten: Japans Atomindustrie liegt praktisch brach. Auch im Reaktor Nummer 3 des **Kernkraftwerks Takahama**, einem der letzten noch aktiven Meiler, gehen heute die Lichter aus

# Japans heimlicher Atomausstieg

Nur noch zwei von 54 Atomreaktoren in Betrieb // Bürgerproteste verhindern erneute Inbetriebnahme gewarteter AKW

Sonja Blaschke, Tokio

Der japanische Stromanbieter Kansai Electric Power Company (Kepeco) nimmt heute den letzten seiner aktiven Atomreaktoren vom Netz. Reaktor Nummer 3 des Kernkraftwerks Takahama wird der gesetzlichen Routineprüfung unterzogen. Damit sind in ganz Japan nur noch zwei von 54 kommerziellen Reaktoren in Betrieb. Bis April 2012 sollen auch diese beiden vom Netz gehen.

Sollten bis dahin keine der derzeit ruhenden Reaktoren wieder anlaufen, wäre Japan frei von Atomstrom. Dabei hat das Land – im Gegensatz zu Deutschland – nie offiziell den Ausstieg verkündet. Vor dem Nuklearunfall in Fukushima im März 2011 bestritten Japans AKW rund ein Drittel der Stromerzeugung des Landes. Laut einem im Juni 2010 gefassten Grundsatzplan sollten es bis 2030 sogar mehr als 50 Prozent werden.

In Japan werden AKW alle 13 Monate gewartet. Seit dem Unglück gingen daher immer mehr Meiler vom Netz – aber kein einziger Reaktor, der für eine Wartung heruntergefahren wurde, ist seither wieder in Betrieb gegangen. Der deutliche Effekt: Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurden im Januar 85 Prozent weniger Atomstrom erzeugt.

Dennoch gab es entgegen manchen Befürchtungen bisher keine Stromausfälle. Denn zum Ausgleich importierte Japan mehr Öl, Gas und Kohle

und nahm Wärmekraftwerke wieder in Betrieb. Allein im vergangenen Januar produzierten sie 64,5 Milliarden Kilowattstunden und damit im Jahresvergleich 28,5 Prozent mehr, meldete der Verband der japanischen Stromerzeuger (FEPC). Die hohen Brennstoffimporte wiederum trugen zu Japans historisch hohem Handelsdefizit im Januar 2012 von umgerechnet 14 Mrd. Euro bei.

Die Regierung um Premier Yoshihiko Noda hat ihre Bürger daher bereits zum Energiesparen angehalten. Das Schreckgespenst flächendeckender Stromausfälle verfehlte seine Wirkung nicht: Seit März 2011 lag der Stromverbrauch in Japan stets unter dem Vorjahresniveau. Im August 2011 wurde sogar ein Minus von zwölf Prozent erreicht. Produkte wie gelgefüllte Kühldecken fanden reißenden Absatz, einige Japaner kauften gar Kleidung mit eingebauten Ventilatoren.

Nun steht Japan kurz davor, auch die letzten Meiler abzuschalten. Wenn im Sommer die Klimaanlage angestellt werden könnte es daher doch noch zu Stromausfällen kommen – und in diesem Fall befürchtet die Regierung eine Flucht von Unternehmen ins Ausland. Für Kepeco könnte es schon früher eng werden: Laut einem Szenario des Unternehmens könnten bereits Mitte März zu Zeiten hoher Auslastung 8,8 Prozent Kapazität fehlen.

Tokio wünscht daher, dass vorläufig stillgelegte Reaktoren wieder hochgefahren werden. Bereits im Juli 2011 hatte die Regierung verkündet, dass Reak-



toren schon dann wieder in Betrieb genommen werden dürfen, wenn sie die erste von zwei Stufen eines Stresstests bestehen. Dabei werde überprüft, ob sie Erdbeben und Tsunamis überstehen können, auf die ihr Design ausgelegt ist. Erst in der zweiten Stufe des Tests würden auch „unvorhersehbare“ Unfälle wie der von Fukushima mit einkalkuliert.

Dieses Vorgehen brachte der Regierung prompt Kritik ein: Um sich ein Urteil über die Sicherheit eines Reaktors bilden zu können, müsse dieser beide Stufen durchlaufen, betonte Haruki Madarame, Vorsitzender der Kommission für Nukleare Sicherheit (NSC). Der mächtige Leiter des Kabinettssekretariats, Osamu Fujimura, sah sich daraufhin zu der unmissverständlichen Klarstellung genötigt, dass nicht die NSC, sondern die Regierung die endgültige Entscheidung treffe.

Inzwischen hat ein gutes Dutzend japanischer AKW die erste Stufe des Stresstests absolviert und die Ergebnisse bei der Atomaufsicht Nisa eingereicht. Gestern gab die Behörde ihre Zustimmung, zwei Reaktoren des Kepeco-Kraftwerks in Oi in der Präfektur Fukui wieder in Betrieb zu nehmen.

Doch bisher haben Bürgerproteste jeden Neustart eines Reaktors verhindert. Und gegen den Willen der Bevölkerung wollen derzeit weder Betreiber noch Regierung eine Wiederinbetriebnahme erzwingen. „Es ist wichtig, die nötigen Schritte zu unternehmen“, um das Einverständnis der Bürger zu erreichen, sagte Kepeco-Boss Makoto Yagi.

## Schweiz koppelt Asylpolitik an Entwicklungshilfe

Geld soll nur nach Kooperation bei Abschiebungen fließen

Die Schweiz setzt Entwicklungshilfe künftig als Druckmittel ein, um abgelehnte Asylbewerber leichter in deren Herkunftsländer abschieben zu können. Hilfgelder für die betreffenden Staaten sollen nach Angaben von Justizministerin Simonetta Sommaruga nur fließen, wenn diese bei der Rückführung ihrer Bürger mit der Schweiz gut kooperieren. Das habe die Regierung in Bern – der Bundesrat – so vereinbart, sagte die sozialdemokratische Politikerin in einem gestern veröffentlichten Interview mit Schweizer Zeitungen. Die Entscheidung fiel demnach bereits am Mittwoch.

Hintergrund der neuen Strategie ist eine erhebliche Zunahme der Zahl der Asylbewerber in der Alpenrepublik: 2011 beantragten laut Behördenangaben 22.551 Menschen in der Schweiz Asyl – rund 45 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Das führte zu Protesten von Gemeinden, die für die Unterbringung von Asylsuchenden sorgen müssen. Die Schweiz hat einen der höchsten Anteile von Ausländern an der Bevölkerung in Europa, was auch an den niedrigen Einbürgerungsquoten liegt.

„Der Bundesrat wird in der internationalen Zusammenarbeit künftig die Kooperationsbereitschaft eines Staates stärker gewichten“, sagte Sommaruga der „Aargauer Zeitung“ und der „Südschweiz“. Als erstes Land bekommt Tunesien die neue Regelung zu spüren: Die Schweiz sei zwar bereit, der dortigen neuen Regierung beim Aufbau eines demokratischen Landes zu helfen, sagte die Ministerin. „Wir erwarten aber, dass Tunesien in der Rückkehrfrage auch mit uns zusammenarbeitet.“ Zusätzliche Abkommen über die Rücknahme abgelehnter Asylbewerber strebt Bern auch mit anderen betroffenen Ländern an.

Insgesamt will die Schweiz in den kommenden vier Jahren für Entwicklungshilfe 11,35 Mrd. Franken (9,7 Mrd. Euro) ausgeben. Das sind pro Jahr rund 1 Mrd. Franken mehr als bisher. Man helfe Staaten der Dritten Welt aus Solidarität, aber auch aus wohlverstandener Eigeninteresse, hatte Außenminister Didier Burkhalter von der bürgerlich-liberalen FDP Mitte Februar bei der Vorstellung des Entwicklungshilfeplans erklärt. *DPA*

## Besser als San Quentin

Deutscher Menschenrechtsbeauftragter sieht leichte Fortschritte in Haftanlage Guantánamo

Rico Grimm, Berlin

Immerhin, die Situation in Guantánamo soll besser als in San Quentin sein, dem berühmten kalifornischen Gefängnis. Es gilt als eines der brutalsten in den USA. „Die Behandlung der Gefangenen in Guantánamo Bay ist in Ordnung“, sagte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Markus Löning (FDP) gestern in Berlin. Die Situation in vielen anderen Gefängnissen der USA, etwa in San Quentin, sei schlimmer. Löning durfte vergangene Woche als erstes Mitglied der Bundesregierung die Haftanlage auf Kuba besuchen. Dennoch bleibt er bei der Forderung, dass die Anlage in Kuba geschlossen werden müsse.

US-Präsident Barack Obama hatte seit seinem Amtsantritt darauf gedrungen, die Situation für die Häftlinge in Guantánamo zu verbessern. Der Präsident versprach im Wahlkampf, das Lager zu schließen, scheiterte aber nach seiner Wahl am US-Kongress, der die Häftlinge nicht auf amerikanisches Festland verlegen wollte. Nachdem mehrere Hundert Gefangene freigelassen wurden, wer-

den derzeit nach Angaben von Löning noch 171 Menschen in Guantánamo Bay festgehalten. Deutschland hatte drei Ex-Guantánamo-Häftlinge nach deren Entlassung aufgenommen.

Allerdings konnte der Menschenrechtsbeauftragte bei seinem Besuch nicht alle Arealen des Gefängnisses besichtigen. Camp Seven, jener Teil der Anlage, in der die 15 wichtigsten Terrorverdächtigen festgehalten werden, blieb Sperrzone. Die Amerikaner halten den genauen Standort dieses Lagers geheim. Auf der Karte, die Löning gezeigt wurde, war Camp Seven nicht mal eingezeichnet.

„Man merkt den Paradigmenwechsel“, erkannte Löning an. Die Gefangenen könnten nun Haftprüfungstermine beantragen. Trotzdem müssen die USA das Gefängnis schließen, auch aus außenpolitischen Gründen: „Guantánamo untergräbt die Glaubwürdigkeit Amerikas.“ Als Beispiel dafür nannte er Bahrain. In dem Land wurden Oppositionelle, die 2011 gegen die Regierung demonstriert hatten, von Militärgerichten zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Die amerikanische Kritik daran läuft ins Leere. Die Bahrainer verweisen einfach auf Guantánamo.

Denn dort sind Urteile durch Militärgerichte wieder möglich. Zwar hatte Obama kurz nach seinem Amtsantritt Militärtribunale für die Guantánamo-Häftlinge ausgesetzt. Als aber im vergangenen Jahr Chalid Scheich Mohammed, der mutmaßliche Drahtzieher der 9/11-Anschläge angeklagt werden sollte, beugte sich der US-Präsident dem großen politischen Druck und ließ Militärtribunale wieder zu. „Militärtribunale sind für uns nicht akzeptabel“, rügte Löning diesen Rückschritt.

Dem Menschenrechtsexperten und der Bundesregierung bleiben bei ihrem Kampf gegen Guantánamo nur wenige Mittel. Seine Gesprächspartner im tendenziell Guantánamo-kritischen US-Außenministerium hätten seinen Besuch aber begrüßt, sagte Löning. Dort würden klare Positionen zu Guantánamo von amerikafreundlichen Staaten als hilfreich in der Diskussion mit den Senatoren und Kongressabgeordneten empfunden. Löning forderte daher auch die deutschen Bundestagsabgeordneten auf, mit US-Kollegen zu sprechen und sie zu überzeugen, dass das Gefängnis in Guantánamo geschlossen werden müsse.

## Rebellen kidnappen 52 Uno-Soldaten in Darfur

In der sudanesischen Unruheregion Darfur haben Rebellen nach eigenen Angaben 52 Soldaten der Vereinten Nationen (Uno) in ihre Gewalt gebracht. „Wir halten die Unamid-Soldaten fest, weil sie ohne Erlaubnis in unser Territorium eingedrungen sind“, sagte Gibreel Adam Bilal, ein Sprecher der Rebellengruppe „Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit“ (JEM), gestern. Außerdem seien die Uno-Blauhelmsoldaten in Begleitung dreier Sudanesen gewesen, die verdächtigt würden, für den Geheimdienst zu arbeiten. Sollte sich das bewahrheiten, würden die Rebellen die Vereinten Nationen auffordern, die Führung des Unamid-Einsatzes zu entlassen, sagte Bilal. Die meisten festgehaltenen Blauhelmsoldaten stammen seinen Angaben zufolge aus dem Senegal, einige aus dem Jemen und Ghana. Eine Sprecherin der von Afrikanischer Union und Uno gestellten Truppe wollte sich dazu nicht äußern. Sie sagte lediglich, es gebe seit Sonntag ein Problem, mit dessen Lösung man sich befasse. *REUTERS*

## Syrien-Opposition fährt zu Konferenz in Tunis

Der oppositionelle Syrische Nationalrat (SNC) hat seine Teilnahme an der Konferenz der „Gruppe der Freunde Syriens“ an diesem Freitag angekündigt. „Wir wurden eingeladen, und wir werden teilnehmen“, sagte das für Auslandskontakte zuständige SNC-Mitglied Nadschi Tajara der Nachrichtenagentur dpa gestern in Dubai. Tajara erklärte, zunächst hätten Russland und China Einspruch gegen eine Teilnahme des SNC erhoben. „Aber die arabischen Mitglieder haben auf unserer Teilnahme bestanden.“ In der vergangenen Woche hatten Medien den tunesischen Außenminister Rafik Abdesslem mit den Worten zitiert, die syrische Opposition werde nicht eingeladen. Auch Deutschland wird bei dem Treffen in Tunesien vertreten sein. *DPA*

## Myanmars Junta lenkt im Wahlkampf ein

In Myanmar hat sich die Partei der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi öffentlich über Behinderungen ihres Wahlkampfes beschwert und damit die Regierung zum Einlenken bewegt. Ein Verbot von Wahlkampfveranstaltungen auf Sportplätzen sei aufgehoben worden, teilte die Wahlkommission gestern mit. Zuvor hatte die Nationale Liga für Demokratie (NLD) vor der Presse beklagt, dass es immer mehr Beschränkungen für ihre Veranstaltungen gebe. Die Partei hatte die Parlamentswahl 2010 boykottiert. Bei der am 1. April anstehenden Abstimmung geht es um 48 bislang vakante Sitze. Die gegenwärtige Führung Myanmars hat einen Übergang zur Demokratie versprochen. Die Nachwahl wird daher von der internationalen Gemeinschaft sehr aufmerksam verfolgt. *REUTERS*

## Mexiko fordert mehr globales Regieren

Mexiko hat die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, durch „globales Regieren“ besser auf Krisen und Konflikte zu reagieren. Zum Auftakt der ersten Konferenz der G20-Außenminister im mexikanischen Los Cabos sagte Außenministerin Patricia Espinosa, die internationalen Institutionen seien oft schwerfällig und zu bürokratisch, um gut funktionieren zu können. „Es gibt viele Themen, die das Leben von Millionen Menschen betreffen und bei denen die internationale Gemeinschaft nicht den geringsten Fortschritt macht“, sagte die Gastgeberin vor den Repräsentanten der G20, bestehend aus 19 Industriestaaten und aufstrebenden Schwellenländern sowie der Europäischen Union. Es gebe zwar viele internationale Organisationen, sagte Espinosa. „Aber die Welt hat heute keine Richtung.“ *DPA*